



Rat der  
Europäischen Union

035530/EU XXVI. GP  
Eingelangt am 20/09/18

Brüssel, den 14. September 2018  
(OR. en)

11972/18

COMPET 590  
IND 234  
MI 621  
DIGIT 170

## VERMERK

---

Absender: Vorsitz

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

---

Betr.: *Vorbereitung der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 27./28. September 2018*

Europas Industrie neu denken: künstliche Intelligenz und Robotik

- *Vorstellung durch die Kommission und den Vorsitz*
- *Orientierungsaussprache*

---

Vermerk des Vorsitzes zur "Stärkung der europäischen Industriepolitik"

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage einen Vermerk des Vorsitzes zu dem oben genannten Thema.

Im Anschluss an die fruchtbaren Diskussionen auf der informellen Tagung der für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt und Industrie) zuständigen Ministerinnen und Minister vom 15./16. Juli 2018 in Wien möchte Österreich zu einer verstärkten Industriestrategie für die EU und zum Ziel des Vorsitzes "Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung" beitragen.

Auf der informellen Tagung der für Wettbewerbsfähigkeit zuständigen Ministerinnen und Minister haben wir versucht, zu einem gemeinsamen Verständnis der Herausforderungen und Chancen zu gelangen, die sich im Zusammenhang mit der künstlichen Intelligenz für Europas Industrie ergeben.

Mit dem vorliegenden Dokument soll ein Beitrag dazu geleistet werden, dass unter Berücksichtigung der Kommissionsvorschläge zu künstlicher Intelligenz, zum Datenpaket und zum nächsten Finanzrahmen eine angemessene politische Antwort gefunden wird.

## **Einleitung**

Die europäische Industrie ist in vielen Branchen weltweit führend, insbesondere in Bereichen mit hoher Wertschöpfung, geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß und hochentwickelten Produkten und Dienstleistungen. Auf sie entfallen mehr als die Hälfte der europäischen Ausfuhren sowie etwa 65 % der Investitionen in Forschung und Entwicklung und mehr als 52 Millionen (direkte<sup>1</sup> und indirekte) Arbeitsplätze. In der verarbeitenden Industrie stieg 2017 die Zahl der Arbeitsplätze gegenüber 2016 um 1,7 %<sup>2</sup> auf insgesamt 32,5 Millionen an.

Aufgrund des immer schnelleren Wandels in Bereichen wie Digitalisierung, Robotik und künstliche Intelligenz – um nur einige wenige zu nennen – verändern sich Beschäftigung und Wachstum ihrer Art nach grundlegend. Um faktengestützte politische Maßnahmen zu konzipieren, müssen wir ein **gangbares Überwachungsinstrument** für die Bewertung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit der EU sowie für die Umsetzung der Industriepolitik festlegen. Hierfür dient die Arbeit der Hochrangigen Gruppe "Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum" (HLG CompCro) an einem allgemeinen Indikatorenrahmen<sup>3</sup> als solide Grundlage.

---

<sup>1</sup> Verarbeitende Industrie: 32,5 Millionen.

<sup>2</sup> Eurostat – Überwachungsrahmen für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit (Dok. 11244/18).

<sup>3</sup> Dok. 11244/18.

Es bedarf größerer Anstrengungen, um sich an die Herausforderungen anzupassen und die großen Chancen zu nutzen. Industriepolitik hatte ein negatives und oftmals auch altmodisches Image. Daher brauchen wir gleiche Ausgangsbedingungen, um der Industriepolitik ein besseres Profil zu verschaffen. **Die Attraktivität der EU als Wirtschaftsstandort wird nicht von niedrigen Löhnen getragen, sondern ist vielmehr bedingt durch ihre Innovationsfähigkeit, durch ihre Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation sowie durch das Funktionieren ihrer Arbeitsmärkte, ihr Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte.** Eine global wettbewerbsfähige Strategie ist der Schlüssel für wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Wettbewerb. Die Zeit für eine zukunftsorientierte Reindustrialisierung Europas ist gekommen.

## 1. Stärkung der Innovationsfähigkeit der EU-Industrie der

Die Stärkung der Industrie in Europa hängt ganz entscheidend von unserer Fähigkeit ab, in einem Zeitalter des immer intensiveren globalen Wettbewerbs um innovative Lösungen innovative Produkte, Dienstleistungen und Technologien auf den Markt zu bringen. Europa muss die "Durststrecke"<sup>4</sup> bei seiner Innovationskraft überwinden. Die Fähigkeit zur Innovation ist von grundlegender Bedeutung für die Fähigkeit Europas, qualitativ hochwertige und hochproduktive Arbeitsplätze anzuziehen und zu halten und den digitalen Wandel, der in allen Branchen erforderlich ist, um unsere Fähigkeit zur erfolgreichen Teilnahme am Wettbewerb in der globalen Wirtschaft zu gewährleisten, voranzubringen. Diesbezüglich liefern Schlüsseltechnologien (Key Enabling Technologies/KETs) unter Einschluss von Produktionstechnologien, digitalen Technologien (z.B. KI) und Cybertechnologien die Grundlage für Innovation bei einer Reihe von Produkten über alle Industriebranchen hinweg. Schlüsseltechnologien und industrielle Stärke dienen als neue geopolitische "Währung", da sie für globale Wettbewerbsstärke systemrelevant und heutzutage mit wirtschaftlicher Selbstständigkeit sowie gesellschaftlicher Souveränität und Sicherheit verknüpft sind. Die Arbeiten der Hochrangigen Strategiegruppe zu industriellen Technologien an einer neuen Industriepolitik und den Schlüsseltechnologien der Zukunft liefern Vorschläge, die für einen maximalen Einsatz dieser Technologien in der Industrie, eine führende Rolle bei strategischen Zukunftstechnologien und die Wirkung auf die Gesellschaft unabdingbar sind.

---

<sup>4</sup> Die EU ist derzeit mit größeren Problemen konfrontiert, wenn es darum geht, ihre Wissensbasis in vermarktungsfähige Waren und Dienstleistungen umzuwandeln. Ein Mangel an Fertigung mit Schlüsseltechnologien wird kurzfristig bewirken, dass Chancen für Arbeitsplätze und Wachstum ungenutzt bleiben, und möglicherweise zu einem Verlust an Wissensgenerierung führen, da Forschung und Entwicklung eng mit der Fertigung zusammenhängen.

Ferner sind Investitionen ein Hauptrezept für Innovation. Die Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung als Prozentsatz des BIP ("F&E-Intensität") in der EU stagnieren bei 2,03 %. Zur Behebung der sich daraus ergebenden Diskrepanz zwischen der derzeitigen Leistung und der Zielvorgabe von 3 % im Rahmen der Strategie "Europa 2020" wären jährlich weitere 150 Mrd. EUR erforderlich. Ferner ist die F&E-Intensität nach wie vor in der EU viel niedriger als in Japan (3,3 %) und den USA (2,8 %), was auch in der niedrigeren Zahl von Patentanmeldungen in der EU zum Ausdruck kommt. Um die Investitionen von Unternehmen (etwa 2/3 der gesamten F&E-Ausgaben) anzukurbeln, brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und Innovation.

Diesbezüglich wird der nächste mehrjährige Finanzrahmen (MFR) dem neuen Kontext Rechnung tragen und die bedeutenden Umwandlungen mit Schwerpunkt auf einer zukunftsorientierten Wettbewerbsfähigkeit Europas beschleunigen müssen.

#### **Kasten 1 - Was ist notwendig?**

- Erhöhung wachstumsfördernder öffentlicher und privater Investitionen unter Einbeziehung von Forschung und Entwicklung sowie der digitalen Infrastruktur. Schlüsselrolle des nächsten MFR (Horizont Europa, Digitales Europa, InvestEU usw.) mit einer auf die künftige Wettbewerbsfähigkeit Europas ausgerichteten Haushaltsstruktur. Dies schließt die Einrichtung eines Europäischen Innovationsrates ein<sup>5</sup>.
- Unterstützung öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) als erfolgreiche Modelle für die verstärkte Finanzierung in strategischen Bereichen.
- Verstärkung der kooperativen Forschungs- und Innovationsprojekte, um den Prozess der Vermarktung von Ideen zu erleichtern.

<sup>5</sup> Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 28. Juni 2018: "Der Europäische Rat ersucht die Kommission, ein neues Pilotprojekt für bahnbrechende Innovationen innerhalb des verbleibenden Zeitraums von Horizont 2020 zu beginnen. Im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens wird ein Europäischer Innovationsrat eingerichtet werden, mit dem Ziel, bahnbrechende und disruptive Innovationen zu ermitteln und in größerem Maßstab umzusetzen."

- Unterstützung der Entwicklung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI), um strategische Wertschöpfungsketten aufzubauen.
- Überprüfung der Rahmenbedingungen in Europa wie Vorschriften über staatliche Beihilfen, um weltweit vergleichbare Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.
- Umsetzung eines aufgabenorientierten politischen Konzepts (beispielsweise durch Festlegung gewichtiger europäischer Herausforderungen für eine führende Rolle im Industriebereich) unter Nutzung von Schlüsseltechnologien, womit eine für die breite Öffentlichkeit akzeptable wissensbasierte Wettbewerbsfähigkeit mit greifbaren Ergebnissen gefördert wird.

## 2. Nutzung des mit Digitalisierung und KI verbundenen Potenzials

Einer neueren Studie zufolge werden die Industriezweige in den nächsten fünf Jahren eine stärkere Disruption erfahren als in den letzten beiden Jahrzehnten. Diese Entwicklung wird unter anderem durch massive Fortschritte bei der Generierung von Daten, der Rechenleistung und der Konnektivität (einschließlich 5G als Herzstück des Internets der Dinge) sowie bei interoperablen Daten und Standards vorangetrieben. Die Zahl der vernetzten Geräte nimmt exponentiell zu – von 18 Mrd. USD im Jahr 2016 auf 75 Mrd. USD im Jahr 2025<sup>6</sup>. Die wirtschaftliche Wirkung der Automatisierung wissensgestützter Arbeit sowie der Nutzung von Robotern und autonomen Fahrzeugen könnten bis 2025 insgesamt 6,5 bis 12 Billionen EUR pro Jahr erreichen. Europa hat in Bezug auf künstliche Intelligenz (KI) einiges zu bieten und verfügt über das Potenzial, seiner Wettbewerbsfähigkeit durch eine rasche Übernahme der betreffenden Technologien einen Schub zu verleihen. Allerdings tätigen hier andere Regionen der Welt massive Investitionen. Mit privaten KI-Investitionen, die sich 2016 auf insgesamt rund 2,4 bis 3,2 Mrd. EUR beliefen, liegt Europa insgesamt noch hinter Asien (6,5 bis 9,7 Mrd. EUR) und Nordamerika (12,1 bis 18,6 Mrd. EUR) zurück<sup>7</sup>.

---

<sup>6</sup> McKinsey & Company: Disruptive forces in the industrial sectors – global executive survey (Disruptive Kräfte in den Industriebranchen – weltweite Erhebung unter Führungskräften), März 2018.

<sup>7</sup> COM (2018) 237 final.

In diesem Zusammenhang hat die Europäische Kommission eine KI-Strategie vorgeschlagen<sup>8</sup>, mit der das mit der Digitalisierung verbundene Potenzial auf der Grundlage von drei Pfeilern vollständig ausgeschöpft werden soll: i) Förderung der technologischen und industriellen Leistungsfähigkeit der EU sowie der Verbreitung der KI in der gesamten Wirtschaft, ii) Vorbereitung auf die sozioökonomischen Veränderungen und iii) Gewährleistung eines geeigneten ethischen und rechtlichen Rahmens. Der betreffenden Mitteilung war auch ein Dokument der Kommissionsdienststellen über Haftungsfragen beigelegt<sup>9</sup>. Parallel dazu hat die Kommission Rechtsvorschriften, denen zufolge mehr Daten des öffentlichen Sektors zur Weiterverwendung freigegeben werden sollen, sowie andere Maßnahmen zur Erleichterung der Datenweitergabe vorgeschlagen<sup>10</sup>. Ferner müssen wir möglicherweise nach Wegen suchen, damit US-Internetunternehmen mit mehr als 30 % Marktanteil ihre Daten europäischen Unternehmen für Maschinenlernzwecke zur Verfügung stellen.

Die EU muss ihre Kräfte bündeln und gemeinsam auf einen koordinierten Plan in Bezug auf KI hinarbeiten, um die Wirkung der Investitionen auf EU-Ebene und nationaler Ebene zu maximieren, Synergien und die Zusammenarbeit in der gesamten EU – auch in ethischen Fragen – zu fördern, vorbildliche Verfahren auszutauschen und gemeinsam die weitere Vorgehensweise zu bestimmen, um sicherzustellen, dass die EU als Ganzes weltweit wettbewerbsfähig ist. Hierfür bedarf es eines gut durchdachten institutionellen Rahmens, einer klaren Lenkungsstruktur und eines gemeinsamen Verständnisses dessen, was auf europäischer und was auf nationaler Ebene erreicht werden soll.

Die Vollendung des digitalen Binnenmarkts ist nach wie vor eine Grundvoraussetzung für eine wirkliche Digitalisierung der EU-Industrie. Ohne Daten aber wird die EU nicht in vollem Umfang von den die Spielregeln verändernden Technologien (z.B. künstliche Intelligenz und Hochleistungsrechnen) profitieren können. Daher wird es von entscheidender Bedeutung sein, den Zugang zu (öffentlichen) Daten zu gewähren, um die Innovation bei neuen Technologien insbesondere für KMU und Start-up-Unternehmen zu erleichtern (beispielsweise zügige Annahme der Neufassung der Richtlinie über Informationen des öffentlichen Sektors).

Es ist unabdingbar, ein dynamisches Ökosystem zu schaffen, das die digitale Umwandlung unserer Wirtschaft (mithilfe der KI) unterstützt. Diesbezüglich wird die Schaffung eines Netzes von Drehscheiben für digitale Innovation (Digital Innovation Hubs/DIH) den KMU, Start-up-Unternehmen, Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung und dem öffentlichen Sektor dabei helfen, digitale Lösungen zu übernehmen und die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

---

<sup>8</sup> Europäische Kommission, Mitteilung über künstliche Intelligenz für Europa (25.4.2018). <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/communication-artificial-intelligence-europe>

<sup>9</sup> Dok. 8507/18 ADD 1, SWD(2018) 137 final.

<sup>10</sup> <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/communication-towards-common-european-data-space>

## **Kasten 2 – Was ist notwendig?**

- Ein gemeinsamer europäischer Datenraum und eine gemeinsame europäische Datenpolitik, da künstliche Intelligenz von der Verfügbarkeit von Massen- und Echtzeitdaten abhängig ist.
- Gewährleistung, dass in der EU tätige internationale marktbeherrschende Datenunternehmen ihre Datenbanken für die Zwecke des anonymisierten maschinellen Lernens (von einer öffentlichen Einrichtung nachverfolgt und gesichert) öffnen.
- Im öffentlichen Sektor Umstellung auf Digitalisierung und KI.
- Einrichtung von Drehscheiben für digitale Innovation mit Schwerpunkt auf KI zwecks Förderung des Technologietransfers sowie der Testerprobung.
- Erziehung von KMU und Unternehmen im Hinblick auf KI: Was ist KI und wie können Unternehmen davon profitieren?
- Aufbau von Ökosystemen und Netzen: Bildung von Clustern von Akteuren (z. B. KI-Wissenschaftler und -Forschungsanlagen, KI-Unternehmen und Start-up-Unternehmen, öffentliche und private KI-Investoren, Zulieferer der KI-Industrie, KMU usw.).
- Notwendigkeit der Festlegung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben und der Absicherung EU-weiter Ziele durch ausreichende Ressourcen (z.B. ÖPP-Modelle).
- Massive Erhöhung der Finanzierung und Einrichtung der erforderlichen Infrastruktur, z.B. zugängliche Konnektivität, weithin verfügbare Breitbandversorgung und Annahme EU-weit geltender Sicherheitsstandards.
- Entwicklung von Kerngrundsätzen zur Anerkennung des Zugangs zu schnellem und sicherem Internet als Hauptfaktor für demokratische Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit, gesellschaftliche Inklusion und Gleichberechtigung.
- Schaffung der passenden ethischen und regulatorischen Rahmenbedingungen für Digitalisierung und KI (z. B. Wettbewerbsrecht, Haftungsfragen, Sicherheitsfragen usw.), um Investitionssicherheit und Vertrauen für die Gesellschaft insgesamt zu fördern. Zusammenarbeit in diesen Fragen mit Drittländern auch in Bezug auf internationale Standards, um einen globalen Marktzugang und eine rasche Übernahme digitaler Technologien einschließlich KI sicherzustellen.
- Regulierungszusammenarbeit mit Drittländern auch in Bezug auf internationale Standards, um einen globalen Marktzugang und eine rasche Übernahme digitaler Technologien einschließlich KI sicherzustellen.

### **3. Welche Kompetenzen werden zur Bewältigung des digitalen Wandels benötigt?**

Für die EU und die Mitgliedstaaten ist es ein vorrangiges Ziel, die kompetenzbezogenen Herausforderungen anzugehen, die sich in der Zukunft möglicherweise stellen. Wie sich bei den jüngsten Umwandlungswellen gezeigt hat, werden manche Arbeitsplätze überflüssig, während andere geschaffen werden. Die Nachfrage nach Menschen mit geeigneten Kompetenzen und disziplinübergreifenden und digitalen Kompetenzen steigt an.

Um den Weg des digitalen Wandels erfolgreich zu gehen, benötigt die Industrie mehr Ingenieure sowie Innovatoren, insbesondere in Bereichen wie Robotik, Cybersicherheit, Software- und Hardwareintegration sowie Massendaten. Unser gemeinsames Ziel muss eine bessere Abstimmung zwischen Industrie, Start-up-Unternehmen sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen sein, damit die in Schulen, Ausbildungseinrichtungen und im höheren Bildungswesen vermittelte Bildung, Lernpraxis und Ausbildung besser auf die auf dem Arbeitsmarkt benötigten Kompetenzen abgestimmt werden.

Um für den digitalen Wandel gerüstet zu sein, ist die Berufsbildung ein Schlüsselbereich, bei dem zwei Ansätze zum Tragen kommen: Zunächst müssen neue Beschäftigungsprofile, die dem digitalen Wandel Rechnung tragen, geschaffen werden. So nimmt beispielsweise der Onlinehandel immer noch zu, was dazu führt, dass der Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften für den Onlinehandel, an Online-Marketingexperten oder an Programmierern von Apps zunimmt. Sodann müssen die bestehenden Beschäftigungsprofile auf die neuen technologischen Entwicklungen ausgerichtet werden. Beide Aspekte müssen in ein zukunftsorientiertes Programm für digitale Kompetenzen auf allen Bildungsebenen einfließen.

Ein gemeinsamer europäischer Ansatz beruht auf dem Erfahrungsaustausch über bewährte Verfahren und auf Investitionen in die Entwicklung digitaler Kompetenzen in ganz Europa. Diesbezüglich hat Österreich ein Beispiel für bewährte Verfahren entwickelt, indem es ein gut funktionierendes System der dualen allgemeinen und beruflichen Bildung ("duals System") mit folgendem Leitgrundsatz eingeführt hat: "In der Praxis für die Praxis lernen." Der Ansatz hat folgende drei Eckpfeiler:

- Eine unternehmensspezifische Ausbildung erfolgt auf dem am weitesten fortgeschrittenen Niveau der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung.
- Unternehmerische Kompetenzen werden durch unmittelbare Erfahrungen mit der Umsetzung von prozess- und/oder produktbezogenen Innovationen erworben.

- Die Ausbildung orientiert sich an aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen und wirkt sich auf wesentliche persönliche Kompetenzen ("Soft skills") aus, die im Berufsleben benötigt werden.

Was das höhere Bildungswesen betrifft, so werden allgemeine Kenntnisse in den MINT-Fächern (Naturwissenschaften, Technik, Ingenieurwesen und Mathematik sowie IKT) ausschlaggebend sein. Um die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften in den europäischen Industriebranchen zu befriedigen und die digitale Kluft zwischen den Geschlechtern zu überbrücken, ist dies im Hinblick auf die Teilhabe von Frauen an Bildung und Beschäftigung im MINT-Bereich um so notwendiger.

Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften kann nicht durch den Rückgriff auf lediglich 50 % der Bevölkerung behoben werden. Die Unterrepräsentation von Frauen in der Unternehmerschaft, in Führungspositionen in der Wirtschaft und in der Digitalwirtschaft ist der wirtschaftlichen Entwicklung Europas abträglich. Aus der jüngsten Studie über Frauen im digitalen Zeitalter geht hervor, dass mehr Frauen auf digitalen Arbeitsplätzen einen jährlichen Anstieg des BIP um 16 Mrd. EUR in der EU bewirken und das Umfeld für Unternehmensgründungen verbessern könnten. Derzeit sind nur 17 % der 8 Millionen Fachleute für digitale Technologien in der EU Frauen, und es herrscht ein erheblicher Mangel an qualifizierten IKT-Fachkräften. 40 % der Unternehmen, die IKT-Fachkräfte rekrutieren, melden Schwierigkeiten bei der Suche nach qualifiziertem Personal. Dieses Paradox führt zu einem Wertverlust für Europa an allen Fronten, und zwar in der Wirtschaft, in der Gesellschaft und beim Humankapital. Die Gründe für die begrenzte Teilhabe von Frauen und Mädchen an der Digitalwirtschaft sind ein Mangel an Kompetenzen und ihr geringeres Interesse an MINT-Studiengängen und IKT-Berufen, aber auch verzerrte Vorstellungen, Stereotype und Mangel an Vorbildern, die sie inspirieren könnten. Obwohl die Gesellschaft und die politischen Entscheidungsträger sich der digitalen Kluft zwischen den Geschlechtern zusehends bewusst werden, handelt es sich immer noch um einen Randbereich des Gebiets der Digitalpolitik.

Schließlich sollten zielgerichtete Maßnahmen, die vom Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) unterstützt werden, zur sicheren Handhabung der Digitalisierungs- und Mobilitätskanäle in allen Aspekten des Lebens und der Arbeit – insbesondere bei alten Menschen, jungen Menschen und Frauen – beitragen. Damit sollen das Verständnis des Internets und dessen Nutzung breiter gefördert werden als durch eine bloße Konzentration auf die sozialen Medien (wie beispielsweise bei der österreichischen Initiative Fit4Internet).

### **Kasten 3 – Was ist notwendig?**

- Starke Präsenz technischer und praktischer Kompetenzen in Bildungsprogrammen/Lehrplänen. Digitalisierung als Instrument sowie als zukunftsorientiertes Lernmittel für moderne Berufsbildung, aber auch als Teil neuer Tätigkeitsprofile und Berufe.
- Eine Agenda für neue Kompetenzen als Schritt in die richtige Richtung und als geeignete Initiative, die zu mehr Transparenz beiträgt.
- Lebenslanges Lernen als ein Instrument, mit dem sichergestellt wird, dass die Digitalisierung die Bürgerinnen und Bürger auch erreicht, damit sie von den Möglichkeiten und dem Potenzial der Digitalisierung profitieren und die damit verbundenen Gefahren von frühester Kindheit an meistern können.
- Erhöhte Sensibilisierung für das Geschlechtergefälle in der europäischen Digitalwirtschaft mittels von Initiativen mit noch größerer Sichtbarkeit sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene. Auch auf die Rolle der Frauen bei der Digitalisierungsinitiative sollte auf verschiedenen Ebenen eingegangen werden, um dem vielschichtigen Charakter dieser Herausforderung gerecht zu werden.

## **4. Zu erörternde Fragen**

1. Bei welchen der vorgenannten Aktionspunkte sehen Sie den dringendsten Handlungsbedarf?
  2. Gibt es weitere Maßnahmen, die Ihres Erachtens als Hauptpriorität für die künftige Industriestrategie in Frage kämen?
-